



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 24. Mai 1909

(Kaiser und Reichskanzler. Die Vertagung des Reichstags. Die Idee eines Mantelgesetzes zur Reichsfinanzreform. Neue Vorschläge der Konservativen. Die preussischen Besoldungsvorlagen. Die Beilegung des Zwischenfalls von Casablanca. Gespensterseherei in England.)

Der Kaiser ist von seiner Reise zurückgekehrt und hat in der vorigen Woche in Wiesbaden den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen. Was dort zur Sprache gekommen ist, gehört selbstverständlich nicht vor die Öffentlichkeit. Wohl aber kann mit Fug und Recht auch nach außen hin festgestellt werden, daß der Kaiser dem Reichskanzler vollauf Beweise des Einverständnisses und des Vertrauens gegeben hat. Die Gebärden-späher, die gar zu gern das Gegenteil festgestellt hätten, kamen ganz und gar nicht auf ihre Rechnung. Und da sich gerade diese Spezies von Menschen bei der Schwierigkeit der Lage wieder besonders breit macht, ist es gewiß nicht überflüssig, diese Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler gebührend zu betonen.

An demselben Tage, als Fürst Bülow dem Kaiser Vortrag hielt, vertagte der Reichstag — in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Besprechung, die zwischen dem Kanzler und dem Reichstagspräsidenten in der Woche vorher stattgefunden hatte — seine Plenarsitzungen bis nach Pfingsten, während beschlossen wurde, daß die Finanzkommission ihre Beratungen fortsetzen solle. Erst am 15. Juni soll der Reichstag wieder zusammentreten, um dann — so hofft man — in rascher energischer Arbeit die inzwischen von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen „Ersatzsteuern“ zu beraten und die Reichsfinanzreform glücklich unter Dach zu bringen. Man wird sich freilich zunächst mit einer guten Portion Optimismus wappnen müssen, wenn man sich in dieses Programm finden soll. Bis jetzt deutet noch nichts darauf hin, daß die Kommission dem Standpunkte, von dem aus allein die Reform zu machen ist, auch nur einigermaßen nahegekommen ist. An schönen Worten, daß die Sache unter allen Umständen gemacht werden müsse, fehlt es ja natürlich nicht. Aber bis jetzt deutet noch nichts auf eine allgemeine grundsätzliche Verständigung zwischen den Parteien hin; einstweilen will noch jede Partei möglichst viel von ihrem Sonderprogramm durchdrücken, und deshalb bleiben die Ergebnisse der Arbeit so kläglich und kümmerlich wie nur möglich. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kommission nach der bisherigen Methode weiterarbeitet, so muß man eigentlich damit rechnen, daß sie mit den „Ersatzsteuern“, die nun demnächst vorgeschlagen werden sollen, nicht anders verfährt, als es mit den ursprünglichen Vorlagen der Regierung geschehen ist, das heißt, daß aus dieser parteipolitischen Walkmühle wieder nur wenig mehr als die Hälfte der gewünschten Lieferung hervorgeht. Dann kann die Regierung so lebenswürdig sein, wieder einen neuen Satz „Ersatzsteuern“ vorzuschlagen, an dem die Parteien das anmutige Spiel zum drittenmal von vorn beginnen können. Aber auch wenn man solche Möglichkeiten gar nicht einmal in Betracht zieht, muß man doch sagen, daß der Weg, der noch bis zur Verabschiedung der Reichsfinanzreform zurückzulegen ist, ohnehin weit genug ist. Und deshalb erscheint der Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstags reichlich spät. Aber es ist vielleicht richtiger und besser, diese und ähnliche Bedenken jetzt zurückzustellen und sich trotz allen übeln Erfahrungen zu einem gewissen Optimismus zu zwingen. Und es ist wenigstens ein kleines Anzeichen da, daß dieser Optimismus eine gewisse

Grenzboten II 1909

58

Berechtigung erhalten kann, einstweilen nur ein heller Punkt am Horizont, der aber doch an die Möglichkeit erinnert, daß wir einmal wieder blauen Himmel haben können.

Es ist nämlich nun doch davon die Rede, daß sich die Regierung vielleicht zur Einbringung eines sogenannten „Mantelgesetzes“ entschließt, und daß die Parteien dafür zu gewinnen sind. Ein zusammenfassendes Gesetz, das für die Durchführung der in den einzelnen Vorlagen zu behandelnden Finanzreform eine gesetzliche Bindung schafft, würde gegenwärtig als Grundlage für die endliche Vermittlung der Gegensätze von großem Wert sein. Von vielen Seiten wurde es schon von Anfang an für einen Fehler gehalten, daß die Regierung auf ein solches Mantelgesetz verzichtet hatte, um dem Reichstag größere Bewegungsfreiheit zu lassen, wenn er sich wirklich imstande zeigte, im einzelnen andre und bessere Wege einzuschlagen. Diese vorausschauende Würdigung der Schwierigkeiten konnte unter Umständen von Nutzen sein, es hat sich aber gezeigt, daß damit doch zugleich eine Überschätzung des Reichstags verbunden war. Die Konservativen, die unter keinen Umständen die Besitzsteuer bewilligen wollen, die sich bisher als die für das Reich allein mögliche erwiesen hat, nehmen, da sie doch den Vorwurf des möglichen Scheiterns der Reichsfinanzreform von sich abwenden möchten, mehr und mehr ihre Zuflucht zu dem Gedanken, daß die Reichsfinanzreform durch Bewilligung geeigneter Teilvorlagen mit Hilfe wechselnder Mehrheiten gemacht werden müsse. Das klingt sehr harmlos und verständig. Zunächst muß ja jedem Menschen einleuchten, was in der agrarisch-konservativen Presse auseinandergesetzt wird: die Hauptsache sei ja doch, daß das Reich zu seinem Gelde komme; wenn nun wirklich 500 Millionen neuer Steuern bewilligt würden — was schade es da, wenn hier 80 Millionen mit Hilfe der Blockparteien, dort 100 Millionen mit Hilfe der Konservativen und des Zentrums, andre 100 Millionen vielleicht durch Zentrum und Liberale beschafft würden. Das bedeute doch durchaus nicht eine Wiederkehr der Zentrumsheerrschaft.

Das ist, wie gesagt, überaus einfach und einleuchtend. Nur schade, daß es eben nur theoretisch richtig, praktisch unmöglich ist. Denn wenn überhaupt erst einmal der Grundsatz aufgestellt wird, daß die Ansichten der Parteien losgelöst von den Rücksichten auf die Besonderheit der Gesamtlage bei einer Frage von so großer nationaler Bedeutung gelten sollen, daß also jede Partei für sich ihren Weg geht und die einzelnen Teile des Reformplans nur nach der Maßgabe bewilligt werden, wie sie in die einzelnen Parteiprogramme hineinpassen — dann fällt ganz selbstverständlich für die liberalen Parteien jede Verpflichtung weg, Erhöhungen der Verbrauchssteuern zu bewilligen. Jeder, dem es möglich ist, sich auch nur einen Augenblick von seiner zufälligen persönlichen Meinung auf einen Standpunkt über den Parteien zu erheben, muß doch ehrlicherweise sagen: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Warum dürfen die Konservativen das angebliche Opfer des Intellekts, das ihnen mit der Zustimmung zur Erbanfallsteuer zugemutet wird, unter Hinweis auf ihre Parteiprinzipien zurückweisen, und warum dürfen sich die Liberalen nicht den gleichen Hinweis auf ihre Parteiprinzipien gestatten, die sie bekanntlich zu Gegnern der Verbrauchssteuern überhaupt machen? Wird also der von den Konservativen empfohlne Grundsatz angenommen, dann ist logischerweise auf die Mitwirkung der Liberalen bei der Bewilligung der Verbrauchssteuern in der geforderten Höhe überhaupt nicht mehr zu rechnen. Die angeblich „wechselnde“ Mehrheit, mit der dann die Reichsfinanzreform gemacht werden sollte, würde also in Wirklichkeit keine wechselnde sein können, sondern eine sehr feste; die Konservativen würden dann mit Zentrum und Polen die Sache allein machen. Kann man nun wirklich glauben, daß eine so zusammengesetzte Mehrheit bei der größten Aufgabe, die seit der Gründung des Reichs an den Reichstag herangetreten ist,

der Regierung ihre Mitwirkung leihen würde, um nach vollbrachtem Werk ruhig auseinanderzugehen und sich von andern ausschalten und majorisieren zu lassen? Ist das wirklich von Zentrum und Polen zu erwarten? Man kann es sich ersparen, die Antwort auf diese Frage auszusprechen. Daß die Durchführung der Reichsfinanzreform nach den Wünschen der vereinigten Konservativen, Liberalen und Polen einfach die Wiederherstellung der Verhältnisse vor der letzten Reichstagsauflösung bedeuten würde, kann keinem Zweifel unterliegen. Man mag im einzelnen die letzten Reichstagswahlen beurteilen, wie man will, jedenfalls bekundeten sie den deutlichen Willen des deutschen Volkes, den parlamentarischen Zuständen, wie sie vor dem 13. Dezember 1906 bestanden, ein Ende zu machen. Wenn nun derselbe Reichstag, der unter diesem Zeichen gewählt ist, freiwillig zu der alten Parteikonstellation zurückkehrt, so ist das eigentlich das schlimmste Armutzeugnis und die stärkste Bankrotterklärung vor den Wählern, die sich eine parlamentarische Körperschaft leisten kann, und man wird nicht verlangen und erwarten können, daß der urteilsfähige Teil der nationalen Wählerschaft das gleichmütig erträgt. Er wird mindestens das Kind beim rechten Namen nennen und den Befürwortern der „wechselnden Mehrheiten“ die Maske der Harmlosigkeit vom Gesicht reißen müssen.

Das sind allgemeinpolitische Erwägungen, die mit den Gründen, die für die Haltung der verbündeten Regierungen und die Stellung des Fürsten Bülow in Betracht kommen, zunächst gar nichts zu tun haben. Es ist durchaus unrichtig, daß Fürst Bülow und die verbündeten Regierungen brauchbare Vorschläge zurückgewiesen haben, weil sie darauf verfaßt sind, die Reichsfinanzreform nur mit dem Block zu machen. Sie sind im Gegenteil auf jeden Vorschlag eingegangen und haben sie nur soweit abgelehnt, als sie nach ihrer sachlichen Überzeugung und nach dem Ergebnis sachlicher Prüfung tatsächlich nicht brauchbar waren. Daß daran festgehalten wird, von dem ursprünglichen, sorgfältig durchdachten, nach allen Richtungen hin geprüften Programm, über das noch keine einzige wirklich endgültige Entscheidung des Reichstags gefallen ist, möglichst viel durchzusetzen, ist doch wohl selbstverständlich. Dieses Programm ist aber nur durch Verständigung zwischen Konservativen und Liberalen durchzuführen, und aus diesem rein sachlichen Grunde, nicht aus Eigensinn oder bloßem Vergnügen an der Aufrechterhaltung des Blocks, ist die Regierung bestrebt, die Möglichkeit dieser Verständigung aufrechtzuerhalten. Gar nicht zu leugnen ist, daß das sehr schwierig geworden ist. Nach wie vor weisen die Konservativen darauf hin, daß die Liberalen von den 400 Millionen Verbrauchssteuern, die sie zu bewilligen bereit waren, bis jetzt so gut wie nichts bewilligt haben. Selbst das wenige, was die Kommission bisher bewilligt hat, ist zum guten Teil gegen die Stimmen der Liberalen beschloffen worden. Die Liberalen aber machen diese Bewilligung davon abhängig, daß 100 Millionen wirklicher Besitzsteuern vorher sichergestellt werden müssen. Wir haben schon in der letzten Besprechung der Lage erwähnt, wie schwer bei der Eigentümlichkeit der Verhältnisse die Vermittlung ist. Ein Mantelgesetz bietet vielleicht die Möglichkeit dazu. Es gibt die Sicherheit, die ein Kompromiß allein nicht geben kann. Auf dieser Grundlage läßt sich vielleicht doch eine Kompensation der beiderseitigen Opfer und Zugeständnisse erreichen. Erweist es sich als möglich, daß auf diesem Wege 400 Millionen durch Verbrauchssteuern gedeckt werden, ohne daß die liberalen Parteien zu fürchten brauchen, in der Frage der Besitzsteuern enttäuscht oder betrogen zu werden, dann ist die Lage überhaupt sehr viel klarer. Dann können auch die Konservativen der Frage nicht mehr ausweichen, ob sie die Reform scheitern lassen wollen oder nicht.

Die Finanzkommission hat jetzt die erste Lesung beendet und bietet jetzt auf Grund ihrer Beschlüsse dem Plenum 160 Millionen weniger, als notwendigerweise

beschafft werden müssen. Daß es so nicht bleiben kann, ist klar. Nun muß zunächst in der zweiten Lesung versucht werden, etwas halbwegs vernünftiges zustande zu bringen. Sofort nach Pfingsten sollen dann auch die neuen Vorschläge der verbündeten Regierungen vorgelegt werden. Einstweilen ist wieder ein neuer Vorschlag der Konservativen gemacht worden, der die Erbanfallsteuer unnötig machen soll. Dieser Antrag Richthofen ist in der Kommission bereits angenommen worden; er schlägt eine Umsatzsteuer auf Immobilien und Wertpapiere vor. Gewiß wird dieser Antrag noch von der Regierung eingehend geprüft werden, obwohl schon jetzt sehr gewichtige Bedenken dagegen geltend gemacht worden sind. Immerhin ist es ja denkbar, daß diese Schwierigkeiten gemildert oder überwunden werden und irgendein brauchbarer Gedanke übrigbleibt, der in dem großen Problem noch eine geeignete Stelle finden kann. Vorläufig aber besteht das Hauptbedenken, daß dieser Vorschlag keinesfalls die Stelle einnehmen kann, die in dem Reformprogramm den Besitzsteuern zugewiesen ist. Denn als „Besitzsteuer“ trägt der Antrag ein falsches Etikett; eine Besitzsteuer in dem Sinne, wie dieser Begriff in den Regierungsvorlagen und auch noch in dem Kompromiß verstanden wird, ist die Umsatzsteuer nicht. Sie ist es nur insofern, als sich bei ihrer Einführung der Hauptertrag natürlich aus den größeren Vermögen ergeben würde. Aber mit demselben Recht könnte man die Schaumweinsteuer nicht unter die Verbrauchssteuern, sondern unter die Besitzsteuern rechnen; denn der Bettler trinkt allerdings keinen Champagner. Bei einer Umsatzsteuer werden die größeren Vermögen nicht als solche getroffen; ebenso wie dabei die kleinen Vermögen als solche geschont werden. Der kleine Kapitalist kann dabei verhältnismäßig schärfer herangezogen werden als mancher wohlhabende Mann. Das widerspricht gerade dem, was durch die Besitzsteuern grundsätzlich erreicht werden soll, und was ihnen nach liberaler Anschauung den Charakter eines notwendigen Gegengewichts gegen die Hinaufschraubung der Verbrauchsabgaben verleiht. Es ist also ziemlich ausgeschlossen, daß die Liberalen die von den Konservativen übernommene Verpflichtung auf 100 Millionen Besitzsteuern durch diesen Vorschlag als eingelöst ansehen werden. Ihrer Wirkung nach würde eine Umsatzsteuer entschieden nicht unter die Besitzsteuern, sondern unter die Verkehrssteuern zu rechnen sein, ebenso wie die geplante und jetzt fallen gelassene Inseratensteuer nicht — wie von Unkundigen geglaubt wurde — eine Verbrauchssteuer, sondern eine Verkehrssteuer geworden wäre. Es ist aber nicht anzunehmen, daß eine Reichsfinanzreform zustandekommt, in der statt der Besitzsteuern eine Verkehrssteuer untergeschoben wird.

Die Finanzkommission hat jetzt in Folge der Konflikte, die in ihrem Schoß vor kurzem ausgebrochen waren, und die den Abgeordneten Dr. Paasche zur Niederlegung des Vorsitzes veranlaßten, einen neuen Vorsitzenden in der Person des konservativen Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen-Damsdorf erhalten. Der neue Leiter der Verhandlungen darf für seine Person das volle Vertrauen aller Parteien beanspruchen, so entschieden er auch die besondern Anschauungen seiner Fraktion vertreten mag. Denn bei aller Entschiedenheit vertritt er sie stets geschickt und maßvoll, und so wird es ihm hoffentlich gelingen, manchen Gegensatz zu überbrücken, der bei der Konfliktstimmung der letzten Wochen leicht verhängnisvoll werden könnte.

Als eine gute Vorbedeutung möchte man es gern nehmen, daß im Königreich Preußen die Besoldungsvorlagen endlich glücklich durch die Klippen hindurchgesteuert worden sind. Wie gelegentlich hier schon erwähnt wurde, schien ein Konflikt zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zu drohen, da das Herrenhaus abweichende Beschlüsse gefaßt hatte und die Vorlagen noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen mußten. Hier wurden zwar einige Abänderungen getroffen, im wesentlichen aber die früheren Beschlüsse aufrecht erhalten. Jetzt hat

das Herrenhaus die Vorlage in der Fassung des andern Hauses angenommen. Niemand wird deshalb das preussische Herrenhaus des „Umfalls“ oder mangelnder Überzeugungstreue beschuldigen, vielmehr die Staatsweisheit anerkennen, die zwar der eignen Meinung entschieden Ausdruck gibt und die strengste Prüfung aller Momente, die für das letzte Urteil in Betracht kommen, herbeizuführen versteht, das entscheidende Wort aber von der Würdigung der Bedürfnisse des Staats in seiner Gesamtheit und von der praktischen Notwendigkeit abhängig macht. Ob wir wohl im Reichstage auch dahin kommen können?

Das im Haag tagende Schiedsgericht hat dieser Tage seinen Spruch in der Angelegenheit des bekannten Casablanca-Zwischenfalls gefällt. Der Spruch gibt beiden Teilen Recht und Unrecht, wie man es nehmen will. Er hebt auf beiden Seiten die Punkte hervor, in denen Fehler gemacht worden sind, und zwar so, daß wohl keinem Beteiligten damit etwas neues gesagt wird. Aber es ist wertvoll, daß das, was sich die beiden Streitenden gegenseitig gesagt haben, ihnen jetzt von einem unbefangenen Dritten gesagt wird, denn dadurch wird der gegenseitigen Entschuldigung jeder Stachel genommen. Im übrigen empfindet man in Deutschland und Frankreich nur Befriedigung darüber, daß die Sache aus der Welt geschafft ist. Der Fall hatte seine Bedeutung durch die politischen Nebenumstände erhalten, unter denen er sich ereignet hatte. Diese aber gehören insolge des Marokko-Abkommens längst einer vergangenen Zeit an. Der Zwischenfall in Casablanca war noch ein Überbleibsel aus einer Periode, die heute gern vergessen sein will. So geht man denn in Deutschland und in Frankreich jetzt schnell darüber zur Tagesordnung über und vereinigt alle Betrachtungen in der Befriedigung, daß ein Zwischenfall beigelegt worden ist, der noch nicht lange Zeit vorher geeignet gewesen wäre, zwei große Nationen in einen schweren Konflikt hineinzutreiben.

In England sind jetzt Vorfälle aufgeklärt worden, die zu den seltsamsten Blüten der jetzt dort herrschenden Invasionsfurcht gezählt werden müssen. Als harmlose Geschäftsreklame einer englischen Firma haben sich alle die geheimnisvollen fremden Luftschiffe entpuppt, die nächtlicherweise über dem glücklichen Eiland Albion zu sehen waren und den friedlichen Bewohnern Angst und Schrecken eingejagt haben. Seit die gespenstischen Luftschiffe die Phantasie der Engländer in Bewegung gesetzt haben, glauben sie sich, wie es scheint, überall von deutschen Spionen umgeben; der Reford der schönen und trefflichen Scherazade ist längst überboten. Seit wir Deutschen voll Staunen über unser eignes Genie via England erfahren haben, daß wir unter der Nordsee hindurch einen Tunnel nach Harwich graben, seit wir wissen, daß bereits Teile der deutschen Armee und ganze Waffenlager heimlich in England stationiert sind, seitdem sind wir auf dem Standpunkte des horazischen *nil admirari* angelangt. Wir wundern uns nun über gar nichts mehr und empfehlen jedem rechtschaffnen Engländer, täglich vor dem Zubettgehn auch ja noch einmal den Rauchfang seines Kamins zu revidieren, ob nicht unversehens ein deutsches Armeekorps hineingeflogen ist, während der Hausherr ahnungslos seine Zeitung liest. Das englische Volk wird uns immer als nüchtern, furchtlos, ja als beinahe mustergiltig in der Anwendung des gesunden Menschenverstandes geschildert. Darum sind die meisten überrascht über die neusten Symptome einer Massenpsychose jenseits des Kanals, die von gesundem Verstand kaum noch etwas ahnen läßt. Auch Berichte deutscher Korrespondenten aus England finden dies alles „ganz unenglisch“ und meinen, es müsse wohl eine große Veränderung im Volkscharakter vor sich gegangen sein. So ganz „unenglisch“ vermögen wir nun freilich die erwähnten Erscheinungen nicht zu finden. Sie hängen zusammen mit der Vorliebe des Angelsachsen für das Groteske und Exzentrische. Sowie in England und Amerika auf dem Theater einerseits das Schauer- und Sensationsdrama, andererseits die Klow-

mäßige Pöffe die ernstere und feinere Kunst fast an die Wand drückt, wie im gesellschaftlichen Leben die Mode und der Snobismus leicht über die Stränge schlägt, wie im Geschäftsleben die Reklame abenteuerlichere Formen annimmt als irgendwo anders, wie sogar im religiös-kirchlichen Leben die sensationelle Mache manche in ihrem Kern edle und vortreffliche Bestrebung decken muß — man denke an den Methodismus und die Heilsarmee! —, so scheut der Briten nie und nirgends die lächerliche Form, wenn er die Aufmerksamkeit einer im ganzen schwerfälligen und geistig ungelentken, wenn auch keineswegs unintelligenten Masse in eine bestimmte Richtung lenken will. Der Engländer ist nicht furchtsam, am wenigsten in dem Sinne, wie wir es aus den Berichten über den „fliegenden Holländer der Luft“ vielleicht herauslesen könnten. Von tausend Engländern lächeln sicher neunhundertneunundneunzig über diese Verrücktheiten. Aber sie verstehen schmunzelnd, was die Verbreiter dieser Gespenstergeschichten meinen und wollen, und freuen sich verständnisvoll über die zwar kuriose, aber den Volksgeschmack treffende Art, die öffentliche Meinung aufzupeitschen und für eine im Hintergrunde stehende ernste Sache hellhörig zu machen. Und da sollten wir meinen, daß wir gerade um dieser hirnverbrannten Phantasien willen die ernste Seite der Sache nicht übersehen dürfen. Es wäre zu wünschen, daß sich die besonnenen Leute in England selbst noch energischer, als es bisher schon hier und da erfreulicherweise geschehen ist, dem frevelhaften Spiele widersetzen, das darauf ausgeht, in sinnloser Kurzsichtigkeit zwei große Völker gegeneinanderzuhehen.

Aus dem Wirtschaftsleben

21. Mai 1909

(Prozeß Friedberg. — Verleitung zur Spekulation.)

Im Prozeß gegen den Bankier Siegmund Friedberg ist vor wenigen Tagen das Urteil gefällt worden. Der Prozeß hat gezeigt, daß unsre Gesetzgebung gegen das Treiben der Inhaber von sogenannten bucket shops keinen Schutz bietet. Der Staatsanwalt hat allerdings Revision gegen das Urteil eingelegt, um vielleicht doch noch eine Sühne für den Aktienbetrug, die Depotbergehn u. a. m. herbeizuführen, doch hat, gleichgiltig, wie der Spruch des Reichsgerichts auch ausfallen mag, schon das Urteil der ersten Instanz bewiesen, daß das Gesetz unklar ist und offenbar nicht ausreicht, um dem gemeingefährlichen Treiben der Friedberg und Genossen zu steuern.

Das Prinzip der bucket shops besteht darin, daß sie die Kaufgeschäfte „in sich“ machen, das heißt, sie machen von dem ihnen gesetzlich zustehenden Selbst-eintrittsrecht des Kommissionärs Gebrauch, treten selbst als Verkäufer auf und berechnen die Effekten zum Tageskurse, ohne jedoch die Papiere an der Börse zu kaufen. Den Kunden werden nur solche Papiere zum Ankauf empfohlen, die voraussichtlich in der nächsten Zeit etwas, doch nicht über eine gewisse Grenze hinaus, steigen werden. Auf diese Papiere wird ein gewisser Prozentsatz, etwa zehn Prozent, als Anzahlung, Deckung, eingefordert. Hierin liegt das Verlockende für den Kunden: mit tausend Mark kann er zehntausend Mark Effekten kaufen. Sobald nun ein Kursrückgang eintritt, wird die Deckung als verloren erklärt und neue Deckung eingefordert, die der Kunde auch meist leistet in der Hoffnung, das Verlorne wieder einzuholen. Der Bankier hat jedoch die Papiere gar nicht gekauft, einen Verlust gar nicht erlitten, dagegen hat er die Deckung als mühe-losen Gewinn eingeftrichen.

Werden vom Kunden Papiere zum Verkauf aufgegeben, so berechnet sie der Winkelbankier sofort, verkauft sie aber nicht, wenn sie voraussichtlich bald steigen werden; sodas er also kurze Zeit später mit Gewinn für sich verkaufen kann. Der

gewissenhafte Bankier würde in solchem Falle dem schlecht unterrichteten Kunden raten, mit dem Verkauf noch zu warten. Anders der Winkelbankier.

In dessen Interesse liegt es also in jedem Falle, daß der Kunde möglichst schlecht unterrichtet ist. Er sucht sich deshalb seine Kunden in Kreisen, die gewöhnlich vom Wertpapierhandel und der Kapitalanlage nichts verstehn. „Ein großes Kontingent, schreibt J. Wiener im Tag vom 11. Februar vorigen Jahres, stellen gerade Elemente aus der Elite unsrer Bevölkerung, Landwirte, Beamte und Offiziere (wir möchten noch als häufigste Opfer hinzufügen Geistliche, allein-stehende Damen, kleine Rentner). Wirtschaftliche und finanzielle Fragen, soweit sie für die Vermögensverwaltung von Bedeutung sind, pflegen ihnen nach der Erziehung, die sie genossen haben, zumeist fernzuliegen. Dazu kommt ein andres Moment, das an sich mehr gesellschaftlicher Natur ist. Offen im Verkehr mit einem Bankier zu stehn, und wäre er auch der vornehmste und angesehenste, gilt für manchen aus den eben bezeichneten Kreisen nicht als standesgemäß. Dafür wissen dann Schwindelfirmen auf Schleichwegen an sie heranzukommen.“ Die Entstehung der bucket shops ist geradezu auf die Unkenntnis weiter Kreise zurückzuführen, „auf die dem Fachmanne wohlbekannte Tatsache, daß der größte Teil der an der Börse gewagten Kapitalien verloren geht. Wer daraus Vorteil zieht, sind gewöhnlich professionelle Spekulanten oder solche Leute, die mit gewissen Unternehmen enge Fühlung haben und vorzeitige Kenntnis von Ereignissen erhalten, die auf die Kursbewegung an der Börse von Einfluß sind.“*)

Da der Winkelbankier ein Interesse an mangelhaft unterrichteten Kunden hat, so ergibt sich notwendig, daß er selbst die Kunden, die ihn um Rat fragen, oder denen er seinen Rat aufdrängt, falsch beraten muß. Durch einen guten Rat würde er sich schädigen und seine Existenz gefährden.

Die Winkelbankiers pflegen denn auch mit ihrem Rat nicht zurückzuhalten. Ihr besondrer Kundenkreis muß auch durch besondere Mittel herangelockt werden. Die bucket shops ziehen die Kunden entweder durch hochbezahlte Agenten, die im Lande umherreisen, heran oder durch Inserate, oder sie bearbeiten das Publikum mit Zirkularen, Briefen, Depeschen, schließlich aber durch eine eigne Zeitung, die mit Zirkularen, Briefen, Depeschen, schließlich aber durch eine eigne Zeitung, die meist schon durch den Titel, der dem Namen angesehenen Fachorgane stark ähnelt, irrezuführen suchen. Übliche Namen sind: Internationale Finanzchronik, Finanztelegraph, der finanzielle Ratgeber, die Information, der Effektenmarkt, internationale Kapitalsrevue, der Kapitalist u. dgl. m.

Meist werden alle diese Mittel zum Kundenfang gleichzeitig angewandt. Auch Friedberg bediente sich aller, doch nimmt er insofern eine Sonderstellung ein, als es ihm gelang, sich in seiner Zeitung, dem Ratgeber auf dem Kapitalmarkt, ein Blatt zu schaffen, das in Fachkreisen großes Ansehen genöß. Charakteristisch hierfür ist das Urteil eines handelsstechnischen Fachgelehrten, der den Ratgeber folgendermaßen kritisierte: „Leider betreibt die Firma Friedberg nicht nur reine Kommissionsgeschäfte. Daß der Ratgeber gelegentlich seinem Publikum inoffiziell mit Zirkularen dient, die entgegen seinem offiziellen Prinzip Empfehlung bestimmter Wertpapiere enthalten, will ich ihm nicht schlecht anrechnen, solange darin kein Mißbrauch liegt. Was mir aber nicht gefallen hat, das ist der Versuch der Firma Friedberg, mit Hilfe von Zirkularen, die an den Ratgeberleser geschickt wurden, ein bißchen Emission unter der Hand zu treiben.“ „Hier liegt also eine gewisse Gefahr, daß nämlich der Ratgeber den Lesern gegenüber über den Informationsdienst hinausgeht und dabei nicht lediglich Vermittlertätigkeit anbietet. Im übrigen aber ist der Ratgeber ein vorzügliches Organ für denjenigen, der in der Finanzwelt

*) D. M. Wittstock, Die Londoner Fondsbörse. Berlin, C. A. Schwetsche und Sohn.

Neuling ist.“ „Wir können hier der Politik des Nichtanerkennenwollens nicht dienen, müssen ihr sogar nachdrücklich entgegenwirken. Aus dieser Pflicht heraus muß ich sagen, daß der Ratgeber inhaltlich zu unsern besten Finanzblättern gehört.“ (!)

Dieses Urteil ist zum Teil richtig. Der redaktionelle Teil des Ratgebers war gut, und besonders die Leitartikel, als deren Verfasser sich Lansburgh, der Herausgeber der Bank, für eine Reihe von Jahren bekannt hat, sind in Fachkreisen immer mit größtem Interesse gelesen worden. Daß es aber Friedberg gelungen ist, als gutgläubige Mitarbeiter hervorragende Kräfte zu gewinnen, das war es ja, was das Unheil im Falle Friedberg so sehr vergrößerte. Die gute Qualität des redaktionellen Teils verschaffte dem Ratgeber einen Leserkreis, wie ihn gleich groß ein Blatt dieser Art selten gehabt haben dürfte.

Die notwendige Konsequenz wäre gewesen, daß die Handelspresse vor dem Ratgeber doppelt laut hätte warnen müssen. Dennoch haben wohl nur die Frankfurter Zeitung und der Berliner Aktionär rechtzeitig und hartnäckig gewarnt und in einzig richtiger Weise prinzipiell die Ratgeberpresse bekämpft. Hierin besteht der wirksamste und einzige Schutz, den die Handelspresse dem Publikum gegen die Winkelbankiers bieten kann, indem sie immer wieder betont, daß jede Verbindung von Bankgeschäft und Journalismus Gefahren in sich birgt; die Gefährlichkeit dieser Verbindung nimmt zu, je besser das Animierblatt ist.

Der Fall Friedberg steht durchaus nicht vereinzelt da. Seit Jahren ist die angesehenere deutsche Tagespresse immer wieder genötigt gewesen, vor neuen Schwindelfirmen zu warnen. Einer der gefährlichsten Schwindler dieser Art war Hugo Böwy, der Ende der achtziger Jahre in Berlin in der Friedrichstraße ein Bankgeschäft gründete und innerhalb kurzer Zeit fünf Depositenkassen errichtete. Da seine Geschäftsführung in der gewerbsmäßigen Veruntreuung von Depots bestand, wanderte er im Jahre 1893 auf fünf Jahre ins Zuchthaus. Kaum aus diesem entlassen übernahm er das Berliner Finanz- und Handelsblatt, gründete eine Bankabteilung desselben und fing für diese durch einen umfangreichen Briefkasten von neuem unerfahrene Kunden ein. Als ihm der Boden zu heiß wurde, verschwand er nach London, von wo aus der steckbrieflich verfolgte Zuchthäusler sein unheilvolles Treiben leider mit bestem Erfolg fortsetzte. Anfangs arbeitete er durch Vermittlung der London and Paris Exchange Ltd, später der Financial and Commercial Bank in London.

Ein anderer Fall. Im Jahre 1905 versuchte eine Gesellschaft von Fürstenberg in Mecklenburg aus das Publikum zu brandschlagen, deren Firma allein schon einen raffinierten Täuschungsversuch bedeutete: Berliner Bank- und Handelsgesellschaft Fürstenberg i. M. Berlin N. B. Hier sollte also zunächst der Schein erweckt werden, als handle es sich um eine der größern Berliner Banken, die Berliner Bank, oder aber um eine der ersten deutschen Großbanken, die Berliner Handelsgesellschaft, deren bekanntester Geschäftsinhaber Fürstenberg heißt. Der Umstand, daß Fürstenberg in Mecklenburg als Sitz der Gesellschaft gewählt wurde, bot die Möglichkeit, Berlin in der Firma anzubringen, da Fürstenberg an der Berliner Nordbahn liegt.

Wir haben aus der großen Zahl nur einige Beispiele herausgegriffen. Gerade in den letzten Wochen wieder verging kaum ein Tag, an dem nicht die Fachpresse vor einer neuen Firma warnen mußte. Die Winkelbankiers machen natürlich die Mode mit. Die durch die Diamantfunde in Deutsch-Südwestafrika verursachte Hauffe in Kolonialwerten gibt den Animierfirmen Veranlassung, dem Publikum Anteile an allerhand zweifelhaften Kolonialunternehmungen, Plantagegesellschaften

und Minenbetrieben, aufzuschwätzen. Vor all diesen Anpreisungen, die wie üblich lächerlich hohe Gewinne in Aussicht stellen, ist dringend zu warnen. Auch galizische Bohranteile tauchen immer wieder als Lockmittel auf. Man werfe derartige Zirkulare sofort in den Papierkorb. Sie tragen ja auch den Schwindel deutlich genug an der Stirn; denn jeder, der wirklich Kenntnis hat von ungewöhnlich ertragreichen Unternehmungen, wird sich hüten, diese Kunde in Tausenden von Zirkularen in die Welt zu posaunen; er wird den Vorteil für sich allein ausbeuten.

Gegen die Auswüchse im kolonialen Gründungsweesen beabsichtigt das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee mit durchaus tauglichen Mitteln vorzugehen. Das Komitee hat die Errichtung eines besondern Archivs beschlossen, worin alles Material, das zur Beurteilung kolonialer Unternehmungen von Wert sein kann, gesammelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Recht bezeichnend ist es, daß der Grubenvorstand einer Gewerkschaft, deren Anteile von einer Animierfirma dem Publikum empfohlen wurden, gegen diese Firma selbst Front machte, indem er erklärte, mit ihr nicht das geringste zu tun zu haben; auch habe er bei Anfragen stets betont, daß jede Beteiligung bei Bergwerksunternehmungen, namentlich bei einem noch nicht in Förderung begriffenen, ein Risiko bietet, daß sich deshalb der Ankauf von Aktien oder Anteilen einer Erdölbohrung nicht zur Anlage von Spargeldern eignet, sondern nur kapitalkräftigen Firmen empfohlen werden kann, die damit rechnen können, möglicherweise das angelegte Geld zu verlieren.

Nicht nur im Inlande treiben diese gefährlichen Institute ihr Wesen, auch vom Auslande her wird Deutschland mit Animierblättern, Zirkularen und Telegrammen überschwemmt. Die Hauptsitze der Auslandsfirmen sind London, Paris, Budapest, Wien, verschiedene Schweizer Plätze, Holland und Dänemark. Nach der üblichen Methode wird das Publikum zum Ankauf von Effekten oder zum Börsenspiel oder, namentlich von Holland und Dänemark aus, zum Erwerb von Losepapieren, zum Beispiel Türkenlosen, überredet. Vor dem Treiben einer Reihe holländischer Losehändler hat vor mehreren Jahren der Reichsanzeiger eine offizielle Warnung veröffentlicht. Von Dänemark aus wird mit Vorliebe Schleswig-Holstein bearbeitet. Zur Abwehr hat der schleswig-holsteinische Zeitungsverlegerverein vor kurzem in der Kieler Zeitung eine Warnung an seine Mitglieder veröffentlicht, Prospekte mit Aufforderungen der „Bankgeschäfte“ zur Beteiligung an Serien- und Prämienlosengesellschaften ihren Blättern beizulegen. Das Vorgehen des Zeitungsverlegervereins ist durchaus nachahmenswert; die gesamte deutsche Presse sollte sich vereinen, um dem gefährlichen Treiben der Animierfirmen wenigstens die Unterstützung der Presse zu entziehen. Leider finden sich noch immer große Zeitungen bereit, Annoncen etwa folgenden Inhalts aufzunehmen:

Meine garantierten Tips
bringen auch mit wenig Geld ein
Vermögen!

Wer wirkliche Tips weiß, das heißt wer rechtzeitig Kenntnis erhalten hat von Vorgängen bei einem Unternehmen, die geeignet sind, den Kursstand von Aktien günstig zu beeinflussen, der behält diese Wissenschaft für sich und sichert sich ganz allein diesen Vorteil.

Eine vortreffliche Darstellung des Treibens der Londoner bucket shops gibt D. M. Wittstock in seinem bereits erwähnten empfehlenswerten Buche „Die Londoner Fondsbörse“.

In Budapest ist einigen der gefährlichsten Gesellen im vorigen Jahre durch das energische Vorgehen des deutschen Generalkonsuls im Verein mit den Budapester

Behörden das Handwerk gelegt worden, doch sind dort immer noch genug gleichartige Firmen vorhanden, die noch in den letzten Tagen an der Wiener Börse durch Ausstreuen falscher Gerüchte Unheil stifteten.

Die Wiener Börsenkammer hat in ihrer am 9. Februar abgehaltenen Plenarsitzung in einer gar nicht mißzuverstehenden Veröffentlichung vor den Winkelfirmen gewarnt. Die Kammer erinnert daran, daß nach dem Statut der Wiener Börse allen Besuchern marktschreierische oder andre der kaufmännischen Ehre unwürdige Ankündigungen oder Anpreisungen streng untersagt sind, und daß Personen und Firmen, die sich solcher marktschreierischer Annoncen zur Anwerbung von Kunden bedienen, schon wegen dieses Verhaltens allein als minder vertrauenswürdig bezeichnet werden müssen.

Wesentlich anders als hier die Wiener Börsenkammer hat sich der Verein zur Vertretung der Interessen der Berliner Fondsbörse im Falle Friedberg verhalten; er hat nicht rechtzeitig vor Friedberg gewarnt, ihm auch nicht die Börsenliste entzogen, obwohl die besser informierte Bank des Berliner Kassensvereins ihm die Benutzung ihrer Einrichtungen konsequent verweigerte. Der Verein hat erst nach dem Zusammenbruch Friedbergs in einer Veröffentlichung erklärt, die Firma Siegmund Friedberg sei kein Bankhaus gewesen. Wer töricht genug gewesen sei, auf die Anpreisungen der Firma hineinzufallen, habe sich die Schuld selbst zuzuschreiben.

Diese Erklärung kam erstens zu spät, zweitens war sie unrichtig, denn kein Mensch hat daran gezweifelt, daß Friedberg ein Bankgeschäft betreibe, und drittens ist es durchaus unangebracht, von der Torheit der beklagenswerten Opfer Friedbergs zu sprechen. Die Presse spricht sogar häufig vom Gimpelfang der Anmierbankiers.

Wo aber soll der eben gekennzeichnete Kundenkreis die für eine sachgemäße Kapitalanlage nötigen Kenntnisse hernehmen? Auf der Schule wird nichts darüber gelehrt, und auch später finden jene Kreise nirgends Gelegenheit, sich die für die Vermögensverwaltung nötigen Kenntnisse zu erwerben, da bisher weder private Kreise noch der Staat Vorträge veranstaltet oder Auskunftsstellen errichtet hat. Erst seit kurzer Zeit wird an der Berliner Handelshochschule eine Vorlesung über dieses Gebiet gehalten.

Es liegt also kein Grund vor, vom Gimpelfang zu reden, wo doch selbst die Börse die wahre Natur Friedbergs viel zu spät erkannt zu haben scheint.

Auch dann, wenn es sich nicht um Kapitalanlage handelt, sondern wenn sich die Kundschaft der Winkelbankiers zu Spekulationen überreden läßt, ist das Verhalten der Kundschaft psychologisch leicht zu erklären und in Anbetracht der völligen Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen auch entschuldbar. Beamten, Geistlichen, Lehrern, Offizieren, die zum Teil sogar mit einer gewissen Nichtachtung auf die Gewerbetreibenden herabsehen, kommt doch öfters zum Bewußtsein, daß jene Mißachteten durch ihren Wagemut in stand gesetzt werden, sich eine wesentlich bessere Lebenshaltung zu leisten; sie sehen, wie sich der Kaufmann vieles leisten kann, was ihnen unerreichbar ist, wie er seinen Kindern die beste Erziehung zuteil werden läßt. Da kommt den Beobachtern ein Anmierblatt vom Range des Ratgebers auf dem Kapitalmarkt, dem die verlockenden Prospekte des Herausgebers, des Bankiers Siegmund Friedberg, heiliegen, ins Haus geflogen. Gar mancher der in den letzten Wochen geschriebenen Artikel über die Gehaltsaufbesserungen der Beamten könnte hier als wirksame Illustration eingeschoben werden.

Was Wunder, wenn der Empfänger des Blattes zugreift, auch er will einmal Wagemut beweisen. Es erfährt ja niemand, und alles klingt so überzeugend. Über die Zeitung hört er nur das beste Urteil, wie kann also deren Herausgeber ein

Beitrag sein? So riskiert er seine Ersparnisse und verliert sie mit absoluter Sicherheit.

Es ist deshalb recht wenig Grund vorhanden, von Sumpffang und Toren zu reden, vielmehr wäre es durchaus angebracht, ohne daß man von einer übermäßigen Bevormundung des Publikums sprechen könnte, daß sich alle maßgebenden Kreise zusammenschließen, um das Publikum vor den Winkelbankiers, diesen „Vampiren des deutschen Kapitals“, zu schützen.

Vor allem muß die Presse die Aufnahme von Prospekten und Annoncen zurückweisen, die Polizeibehörden müssen ihre bisher recht spärlichen, zum Teil in ungeeigneter Form erfolgenden Warnungen häufiger, schneller und unter Nennung der verdächtigen Firmen veröffentlichen. Zu den bisherigen Warnungen der Presse müßten regelmäßige Veröffentlichungen der kaufmännischen Korporationen wie auch der Börsenvorstände treten und häufig Aufklärungen über die Bestimmungen des Bankdepotgesetzes, insbesondere die Bedeutung des Stückeverzeichnis publiziert werden.

Einen wirksamen Schutz gegen die Auslandsfirmen dürften nur internationale Vereinbarungen der Staaten bilden.

Jedenfalls ist zurzeit in durchaus ungeeigneter Weise für den Schutz des Publikums gegen die Verleitung zum Börsenspiel wie auch gegen die Anlockung von Spargelbern durch Gewährung übermäßiger Zinsen, die notwendig eine ungesunde Anlage des Geldes bedingen, gesorgt, und es ist dringend zu wünschen, daß die Regierung der am 14. im Reichstage einstimmig angenommenen Resolution durch Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzeswunsches Folge gibt: Der Reichskanzler wolle einen Gesetzesentwurf vorlegen zur Bekämpfung der Gefahren, die dem Publikum durch Banken und Bankiers erwachsen, die zur Anlage von Depositen oder Spargelbern durch öffentliche oder schriftliche Aufforderungen oder durch Agenten anreizen.

Bestraft doch das Gesetz die Ausbeutung der Unerfahrenheit und des Leichtsinns durch Wucherer, warum nicht die Ausbeutung durch Winkelbankiers?

Ein Militärreformer. Wahrscheinlich, weil ich vor zwei Jahren „Die deutsche Finanzreform der Zukunft von einem Auslandsdeutschen“ besprochen habe, ist mir jetzt auch desselben Anonymus (warum verbirgt er sich eigentlich?) Deutsche Wehrpolitik der Zukunft (Zürich, Zürcher und Furrer, 1908) zugegangen. Dieses Buch gehört natürlich vor ein ganz anderes Forum, und ich kann nichts tun, als von seinem Erscheinen den Sachverständigen Kunde geben. Veranlaßt ist es durch die Wahrnehmung, daß nicht allein der Respekt vor unsrer Diplomatie im Auslande schwinde (woran meiner Ansicht nach niemand Schuld ist als unsre inländische Presse), sondern auch die Furcht der Franzosen vor der erdrückenden militärischen Überlegenheit Deutschlands, und was schlimmer sei, diese Überlegenheit selbst. Der Verfasser zeigt nun, durch welche Einrichtungen wir „eine jugendkräftige Feldarmee von gegen 5 Millionen ausgebildeten Soldaten“ erlangen können. Die Kosten sollen durch Mischung einer abgestuften Löhnung mit der Wehrsteuer aufgebracht werden. Die gar nicht dienen, zahlen mindestens 300 Mark; die Infanterie dient 2 Jahre, zahlt keine Wehrsteuer und bekommt eine kleine Löhnung; die Kavallerie und Feldartillerie dienen $2\frac{1}{4}$ Jahr und zahlen keine Wehrsteuer, sondern bekommen als Ersatz für das weitere Vierteljahr doppelte Löhnung; ein Teil der technischen Truppen dient 1 Jahr, zahlt 20 Pfennige täglich für ihre Beköstigung und verzichtet auf Löhnung usw. Nach Erledigung dieser Grundfrage unterwirft der Verfasser den Zustand der deutschen Armee und ihre Einrichtungen einer um-

fassenden Kritik, deren reichen Inhalt einige von den zahlreichen Kapitelüberschriften andeuten mögen: Unser militärisches Vereinswesen. Der Kadefahrer im Heeresdienst. Unterstützung freiwilliger Schieß- und Militärvereine durch den Bund in der Schweiz. Militärischer Vorunterricht in der Schweiz. Geschichte der Idee einer militärischen Volkserziehung in Preußen. (In diesem Kapitel kommt eine Bemerkung vor, die auch der Late recht gut versteht: „Die demütigende Zumutung, die der Rekrutenunterricht an den jungen Mann stellt, fällt für den Knaben dahin, der unbewußt mit vielfach besserem Erfolg das Ziel erreicht, das dem Rekruten im Gefühl seiner pädagogischen Mißhandlung versagt bleibt.“) Das Unteroffizierskorps. Unser Offizierskorps. Lurus im Heere. Eine Heiratszuschußkasse. Soldatenheim. Bibliothek. Heer und Sozialdemokratie. Kunst fürs Heer. Der Drill und die Soldatenmißhandlungen. Das Problem der Disziplin. Unsere Militärjustiz muß reformiert werden. Hygiene in der Kaserne (unter anderm: „Ein Stück Seife pro Mann, das bayrische Bierherz“). Die Polenfrage. Was können wir in Beziehung auf Verpflegung und Ausrüstung vom Auslande lernen? Militärisches Transportwesen. Dislokation der Truppen. Unsere Flottenpolitik (in 17 Kapiteln). Ausdehnung unsrer Bündnispolitik. Sind wir finanziell gerüstet? Kritik und Presse. — Der Verfasser trägt nicht bloß seine eignen Ansichten vor, sondern hat Urteile von Sachautoritäten in großer Anzahl aufgenommen.

C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

„Aus Natur und Geisteswelt“

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens in Bänden von 120—180 Seiten. Jeder Band ist in sich abgeschlossen und einzeln käuflich. **Jeder Band geheftet M. 1.—, in Leinwand gebunden M. 1.25.**

Bisher erschienen über 260 Bände,

weitere gelangen in rascher Folge zur Ausgabe. Aus neuerer Zeit seien erwähnt:

Das deutsche Fortbildungsschulwesen:
Dr. Friedrich Schilling.

Die religiösen Strömungen der Gegenwart: Superintendent Dr. A. H. Braasch.

Die Philosophie der Gegenwart in Deutschland: Prof. Dr. O. Külpe.

Friedrich Hebbel: Dr. Anna Schapire-Neurath.

Deutsche Romantik: Prof. Dr. O. Walzel.

Geschichte der deutschen Lyrik seit Claudius: Dr. H. Spiero.

Die Blütezeit der musikalischen Romantik in Deutschland: Dr. E. Jstel.

Englands Weltmacht: Dr. W. Langenbeck.

Napoleon I.: Priv.-Doz. Dr. Th. Bitterauf.

Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907. 2 Bände. R. Charutz.

Friedrich der Große: Priv.-Doz. Dr. Th. Bitterauf.

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. Prof. Dr. P. Arndt.

Die Japaner u. ihre wirtschaftliche Entwicklung: Prof. Dr. K. Rathgen.

Deutsche Schifffahrt u. Schifffahrtspolitik d. Gegenwart: Prof. Dr. K. Thieß.

Die moderne Frauenbewegung: Dr. K. Schirmacher.

Das Wahlrecht:
Reg.-Rat Dr. O. Poensgen.

Die innere Kolonisation: A. Brenning.

Die deutschen Kolonien. Land und Leute: Dr. A. Heilborn.

Ernährung u. Volksnahrungsmittel:
Prof. Dr. J. Frenzel.

Die Geschlechtskrankheiten: Gen.-Oberarzt Prof. Dr. Schumburg.

Die Stammesgeschichte unserer Haustiere: Prof. Dr. C. Keller.

Reichillustrierter Katalog

über die gesamte Sammlung umsonst und postfrei vom
Verlag **S. G. Teubner** in Leipzig u. Berlin